

# Niederschrift



Sitzung des Rates der Stadt Bornheim am Dienstag, **25.10.2016**, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

<b>X</b>	<b>Öffentliche Sitzung</b>
	<b>Nicht-öffentliche Sitzung</b>

Sitzung Nr.	63/2016
Rat Nr.	7/2017

## Anwesende

### Bürgermeister

Henseler, Wolfgang                      SPD

### Mitglieder

Aharchi, Loubna                      SPD-Fraktion  
Bandel, Helga                      CDU-Fraktion  
Breuer, Paul                      fraktionslos  
Engels, Hans-Günther              CDU-Fraktion  
Feldenkirchen, Else              UWG/Forum-Fraktion  
Feldenkirchen, Hans Gerd        UWG/Forum-Fraktion  
Freynick, Jörn                      FDP-Fraktion  
Gesell, Andrea                      Bündnis 90/Grüne-Fraktion      ab Aktuelle Stunde tw.  
Günther, Jann                      SPD-Fraktion  
Hanft, Wilfried                      SPD-Fraktion  
Heller, Petra                      CDU-Fraktion  
Heßling, Günter                      CDU-Fraktion  
Hochgartz, Markus                  Bündnis 90/Grüne-Fraktion  
Jaritz, Karin                      SPD-Fraktion  
Kabon, Matthias                      FDP-Fraktion  
Keils, Ewald                      CDU-Fraktion  
Kleinekathöfer, Ute                  SPD-Fraktion  
Koch, Christian                      FDP-Fraktion  
Koch, Maria - Charlotte              Bündnis 90/Grüne-Fraktion  
Kretschmer, Gabriele              CDU-Fraktion  
Krüger, Frank W.                      SPD-Fraktion  
Krüger, Ute                      SPD-Fraktion  
Kuhn, Arnd Jürgen Dr.              Bündnis 90/Grüne-Fraktion  
Lamprichs, Holger                  CDU-Fraktion  
Lehmann, Michael                  Fraktion-DIE LINKE  
Marx, Bernd                      CDU-Fraktion                      ab Aktuelle Stunde tw.  
Montenarh, Stefan                  UWG/Forum-Fraktion  
Müller, Heinz                      UWG/Forum-Fraktion  
Müller, Marc                      CDU-Fraktion  
Oster, Thomas                      CDU-Fraktion  
Prinz, Rüdiger                      CDU-Fraktion  
Quadt-Herte, Manfred              Bündnis 90/Grüne-Fraktion  
Roitzheim, Frank                      SPD-Fraktion  
Schmitz, Heinz Joachim              SPD-Fraktion  
Schulz, Heinz-Peter                  Fraktion-DIE LINKE  
Schwarz, Wolfgang                  CDU-Fraktion  
Stadler, Harald                      SPD-Fraktion  
Strauff, Bernhard                      CDU-Fraktion

Tourné, Peter Dr.	SPD-Fraktion
Velten, Konrad	CDU-Fraktion
Voigt, Philipp	SPD-Fraktion
Wehrend, Lutz	CDU-Fraktion
Weiler, Jürgen	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Wingenbach, Matthias	CDU-Fraktion
Wirtz, Hans-Dieter	CDU-Fraktion
Züge, Rainer	SPD-Fraktion

#### Verwaltungsvertreter

Brandt, Joachim  
Cugaly, Ralf  
Pilger, Christiane  
Schier, Manfred Erster Beigeordneter  
von Bülow, Alice Beigeordnete

#### Schriftführerin

Altaner, Petra

#### Nicht anwesend (entschuldigt)

Hayer, Sebastian CDU-Fraktion  
Söllheim, Michael CDU-Fraktion

### Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<b><u>Öffentliche Sitzung</u></b>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, UWG/Forum, FDP und Die Linke vom 24.10.2016 zur Durchführung einer aktuellen Stunde betr. Umweltkeimfälle im Wasser des Wahnbachtalsperren-Verbandes	907/2016-1
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 46/2016 vom 07.07.2016 und 52/2016 vom 08.09.2016	
5	Aufhebung des Ratsbeschlusses zu Vorlage Nr.008/2016-1 vom 26.01.2016 betr. Wasserversorgung durch die Bezirksregierung Köln	817/2016-1
6	Überprüfung und Aktualisierung des Radverkehrskonzeptes; Beschluss zur Umsetzung	652/2016-7
7	Radweg entlang der L 300 von Widdig bis Hersel (Bürgerradweg)	660/2016-7
8	Bebauungsplan He 35 in der Ortschaft Hersel, Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung, Anordnung einer Veränderungssperre	740/2016-7
9	Umsatzsteuerpflicht für Leistungen der Stadt Bornheim	738/2016-2
10	Aktuelle Situation im kommunalen Finanzausgleich	778/2016-2
11	Zustimmung zu Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen im Haushaltsjahr 2016	781/2016-2
12	Unterbringung von Flüchtlingen	827/2016-5
13	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden über die Erfüllung von Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	712/2016-5
14	Masterplan Rheinaue	298/2016-12
15	Ergänzungswahlen zu Ausschüssen	726/2016-1
16	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	825/2016-1
17	Anfragen mündlich	

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)**

Bürgermeister Wolfgang Henseler eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Rat beschließt auf Vorschlag des Bürgermeisters,

1. die Tagesordnung um die Durchführung einer Aktuellen Stunde  
2 „Umweltkeimvorfälle im Wasser des Wahnbachtalsperren-Verbandes“,  
zu erweitern und
2. den neuen Tagesordnungspunkt 2 nach Tagesordnungspunkt 1 zu behandeln.

Stimmenverhältnis:

- Einstimmig -

Durch diese Änderung der Tagesordnung werden die bisherigen

TOP 2 - 21 zu neuen TOP 3 - 22.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:  
TOP 1 – 17.

	<b><u>Öffentliche Sitzung</u></b>	
<b>1</b>	<b>Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin</b>	

Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

<b>2</b>	<b>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, UWG/Forum, FDP und Die Linke vom 24.10.2016 zur Durchführung einer aktuellen Stunde betr. Umweltkeimfälle im Wasser des Wahnbachtalsperren-Verbandes</b>	<b>907/2016-1</b>
----------	--	-------------------

Die CDU Fraktion bittet den Bürgermeister, die Prüfintervalle und Prüfinhalte der beiden Verbände sowie des eigenen Wasserwerks vorzulegen.

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt, dass die Angelegenheit zur weiteren Bearbeitung an den zuständigen Fachausschuss verwiesen wird.

- Einstimmig -

<b>3</b>	<b>Einwohnerfragestunde</b>	
	<b><u>Mündliche Einwohnerfragen von Frau Kuhl</u></b>	

1. Wie kann der Bürgermeister es verantworten, dass am Gemüseweg möglicherweise ein zweites buntes Viertel entsteht?
2. Wie will der Bürgermeister vorgehen, sollen die Unterkünfte in Festbauweise oder in Containern errichtet werden?

Antwort:

Sowohl in der Verwaltung, als auch in den Gremien der Stadt Bornheim findet ein Abstimmungsprozess statt, bei dem über Standorte für Festbauten diskutiert wird. Diese werden geprüft. Die Vorschläge für das gesamte Stadtgebiet werden dann dem Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel am 22.11.2016 in öffentlicher Sitzung vorgelegt. Darüber werden dann die Fraktionen beraten und der Ausschuss entsprechende Empfehlungen abgeben. Mit diesen Empfehlungen geht man in die Bürgerbeteiligung (Bürger/Innen werden an den Standorten informiert, an denen beabsichtigt ist, Häuser zu errichten). Es besteht im Moment die Gefahr, dass die Situation in Roisdorf schlecht geredet wird. Zusätzliche Standorte werden gebraucht, um Wohnhäuser für Menschen, die dauerhaft bei uns bleiben, die im Moment in befristet angemieteten Containern leben, zur Verfügung zu stellen. In dieser Woche soll eine erste Vorlage vorgelegt werden, wo das Abwägen aller Aspekte nochmals eine Rolle spielt. Natürlich werden die Dinge, die aus der Bürgerschaft, die an die Ratsmitglieder und an die Verwaltung herangetragen werden, dabei eine Rolle spielen.

Herr Kurth betr. Unterbringung von 70 Personen am Maarpfad, 70 Personen im Oberdorf und im neuen Baugebiet Maarpfad/Koblenzer Str./Herseler Str. (Unterbringung von Sozialhilfeempfängern)

Wie stellt der Bürgermeister sich das hier in Roisdorf vor? Möchte er, dass dies ein zentrales Zentrum wird und ähnliche Dinge passieren wie in Bonn Bad-Godesberg?

Antwort:

Der Bürgermeister findet, dass man aufpassen sollte, dass man Situationen nicht schlecht redet. Es gab erste Überlegungen für zwei Standorte in Roisdorf. Von Seiten des Bürgermeisters wurden die Standorte als Alternativen gesehen und man überlegt, welchen Standort man in Roisdorf nimmt. Im Moment finden Diskussionen in der Verwaltung statt, wie groß ggf. die Einrichtungen sein sollten, die für die jeweiligen Standorte vorgeschlagen werden. Der Bürgermeister bittet, abzuwarten, bis von Seiten der Verwaltung ein Vorschlag vorliegt und dann kann darüber diskutiert werden.

3. betr. bestehende Ängste, dass Standorte festgelegt werden und nachträglich nichts mehr geändert werden kann

Antwort:

Dem widerspricht der Bürgermeister, da er seit dem Sommer letzten Jahres sehr viele Diskussionen erlebt hat, bei denen man zum Teil bei den Standorten geblieben ist, wo aber auch Standorte wieder neu diskutiert wurden, wenn Alternativen festgestellt wurden. Zuerst werden die Fakten durch die Verwaltung zusammengefasst, dann geht dies in die Gremien. Diese geben der Verwaltung eine Tendenzentscheidung, wo Bürgergespräche geführt werden sollen und danach erst werden Entscheidungen getroffen. Genauso wird auch bei allen Standorten, die jetzt auf den Weg gebracht wurden, verfahren. Der Bürgermeister bietet den Anwohnern an, einen Termin für die übernächste Woche zu vereinbaren, damit ein Gespräch mit einer Anzahl von Beteiligten bei ihm im Rathaus geführt werden kann.

Herr Hans-Werner Klever

Denkt man darüber nach, hier eine Bebauung des gesamten breiten Rheins vorzunehmen, in Richtung einer weiteren Hangbebauung?

Antwort:

Dies ist nicht Bestandteil der derzeitigen Überlegungen.

Herr Frank Roscher

Hat der Rat Pläne für diejenigen, die kein Bleiberecht haben, diese in ihre Heimat zurückzubringen?

Antwort:

Der Rat und die Verwaltung können diesbezüglich nichts unternehmen, dies liegt in der Zuständigkeit der Ausländerbehörde des Rhein-Sieg-Kreises.

Herr Kuhl

Sind sie sich darüber im Klaren, dass sie sich auf dem besten Wege befinden, wenn sie weitere soziale Brennpunkte in Roisdorf installieren, aus Roisdorf ein neues Dransdorf oder Tannenbusch zu machen?

Antwort:

Roisdorf ist meilenweit, wenn nicht Lichtjahre weit entfernt von einer Situation in den Orten, die genannt wurden. Darüber sollte bei dem angebotenen Gespräch gesprochen werden.

<b>4</b>	<b>Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 46/2016 vom 07.07.2016 und 52/2016 vom 08.09.2016</b>	
----------	---	--

Der Rat erhebt gegen den Inhalt der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 46/2016 vom 07.07.2016 und Nr. 52/2016 vom 08.09.2016 keine Einwände.

<b>5</b>	<b>Aufhebung des Ratsbeschlusses zu Vorlage Nr.008/2016-1 vom 26.01.2016 betr. Wasserversorgung durch die Bezirksregierung Köln</b>	<b>817/2016-1</b>
----------	---	-------------------

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Bürgermeister zu beauftragen,

1. fristgerecht Klage einzulegen und
  2. falls der Bürgerwille am 20.11.2016 ein „ja“ ergibt, die Klage zurückzuziehen,
- wird mit einem Stimmenverhältnis von  
07 Stimmen für den Antrag (B90/Grüne, Breuer)  
23 Stimmen gegen den Antrag (SPD, UWG, FDP, LINKE, BM)  
17 Stimmenthaltungen (CDU)  
abgelehnt.

**Beschluss:**

Der Rat nimmt den Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 21.09.2016, mit dem diese den am 26.01.2016 unter Tagesordnungspunkt 8 (Vorlagen-Nr. 008/2016-1) gefassten Beschluss aufgehoben hat, zur Kenntnis.

- Einstimmig -  
bei 18 Stimmenthaltungen (CDU, Breuer)

<b>6</b>	<b>Überprüfung und Aktualisierung des Radverkehrskonzeptes; Beschluss zur Umsetzung</b>	<b>652/2016-7</b>
----------	---	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat beschließt,

1. das Radverkehrskonzept als Grundlage für den weiteren Ausbau des Radwegenetzes
2. die Einrichtung eines Arbeitskreises Radverkehr zur Beratung der umzusetzenden Maßnahmen aus dem Konzept,
3. die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

- Einstimmig -

<b>7</b>	<b>Radweg entlang der L 300 von Widdig bis Hersel (Bürgeradweg)</b>	<b>660/2016-7</b>
----------	---	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat verweist den Tagesordnungspunkt in die Haushaltsplanberatungen.

-Einstimmig-

<b>8</b>	<b>Bebauungsplan He 35 in der Ortschaft Hersel, Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung, Anordnung einer Veränderungssperre</b>	<b>740/2016-7</b>
----------	--	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat beschließt,

1. den Geltungsbereich des Bebauungsplanes um den restlichen Teilbereich des Flurstückes 550 Gemarkung Hersel, Flur 8 zu erweitern,
2. den Geltungsbereich des Bebauungsplanes um den Teilbereich des Flurstückes 510 Gemarkung Hersel, Flur 8 entlang der Vorgebirgsstraße zu verkleinern,
3. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit den vorliegenden zwei städtebaulichen Entwürfen Variante 1 und 2 und der vorliegenden Darlegung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung,
4. die Planung für die Dauer von 4 Wochen öffentlich auszulegen und eine Einwohnerversammlung durchzuführen.
5. folgende Satzung:

Satzung der Stadt Bornheim vom \_\_\_\_\_ über die Anordnung einer Veränderungssperre in der Ortschaft Hersel (Bereich Bebauungsplan He 35)

Aufgrund der §§ 14,16 und 17 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in der derzeit geltenden Fassung und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.06.2015 (GV. NRW. S. 495) hat der Rat der Stadt Bornheim in seiner Sitzung am 25.10.2016 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Für das im § 2 bezeichnete Gebiet in der Ortschaft Hersel hat der Rat der Stadt Bornheim am 10.09.2015 die Aufstellung des Bebauungsplanes He 35 und am 25.10.2016 eine Änderung des Planbereiches beschlossen.

Zur Sicherung dieser Planung wird für den künftigen Planbereich eine Veränderungssperre beschlossen.

§ 2

Der von der Veränderungssperre betroffene Planbereich liegt zwischen Mertensgasse, Rheinstraße, Vorgebirgsstraße und Gartenstraße.

Auf die beiliegende Karte, die Bestandteil dieser Satzung ist, wird verwiesen.

§ 3

1. Im Gebiet der Veränderungssperre dürfen

- a) Vorhaben im Sinne des § 29 Baugesetzbuch nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
- b) erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

2. Von der Veränderungssperre kann die Baugenehmigungsbehörde eine Ausnahme zulassen, wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

3. Von der Veränderungssperre werden nicht berührt:

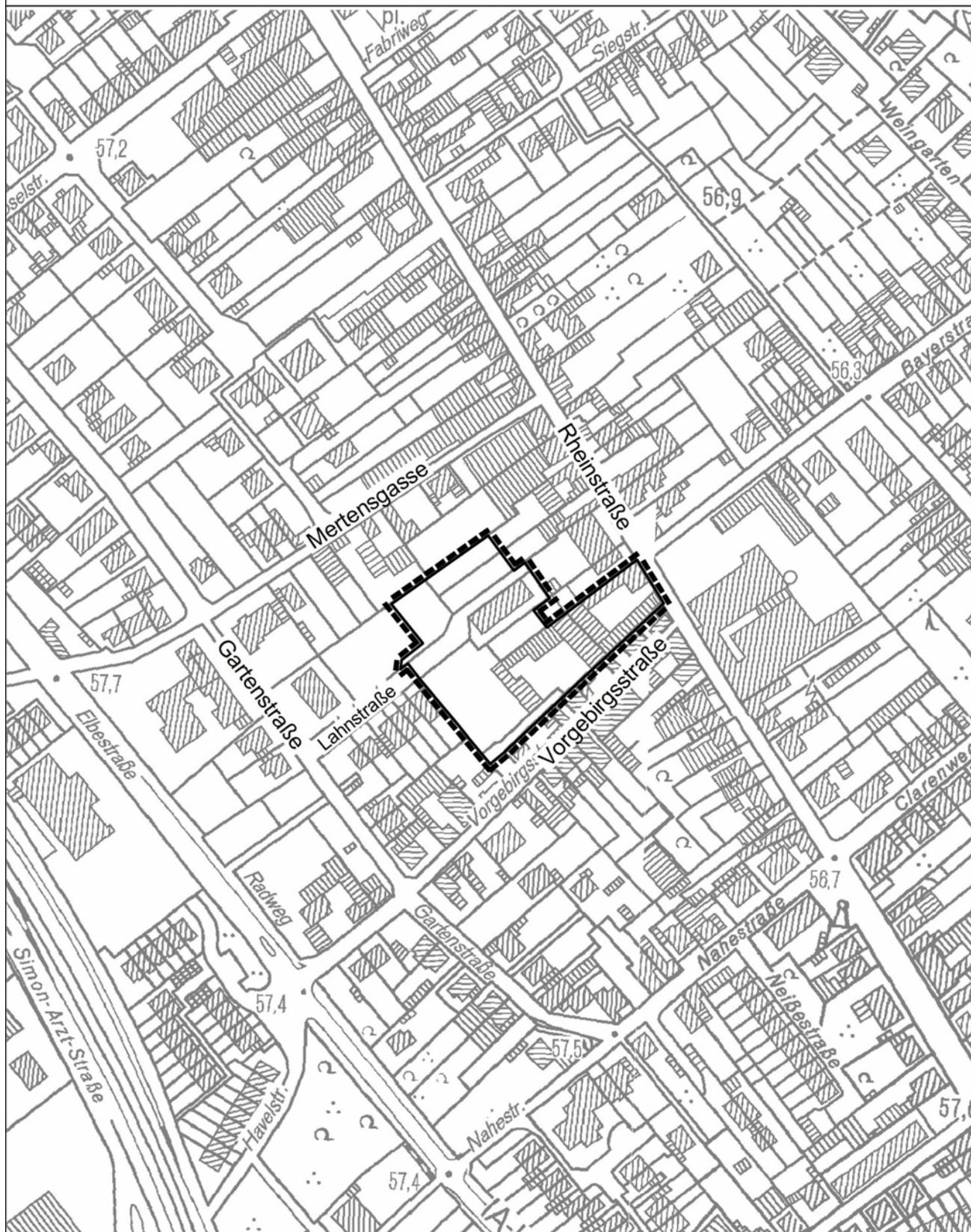
- a) Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind,
- b) Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen
- c) Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung.

§ 4

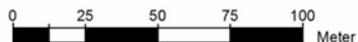
- 1. Die Veränderungssperre tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.
- 2. Sie tritt mit der Bekanntmachung des beschlossenen Bebauungsplanes - spätestens nach Ablauf von zwei Jahren - außer Kraft.

# Übersichtskarte zum Bebauungsplan He 35

in der Ortschaft Hersel



Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW  
© Geobasis NRW / Rhein-Sieg-Kreis / Stadt Bornheim 2015



 Grenze des Geltungsbereiches

- Einstimmig -

<b>9</b>	<b>Umsatzsteuerpflicht für Leistungen der Stadt Bornheim</b>	<b>738/2016-2</b>
----------	--	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, von der Option gemäß § 27 Abs. 22 UStG zur Beibehaltung der bisherigen Rechtslage Gebrauch zu machen. Er beauftragt den Bürgermeister, die Optionserklärung bis spätestens 31.12.2016 abzugeben.

- Einstimmig -

<b>10</b>	<b>Aktuelle Situation im kommunalen Finanzausgleich</b>	<b>778/2016-2</b>
-----------	---	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, die Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 (GFG 2013) zurückzunehmen.

- Einstimmig -

<b>11</b>	<b>Zustimmung zu Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen im Haushaltsjahr 2016</b>	<b>781/2016-2</b>
-----------	--	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat stimmt gem. § 83 GO NRW folgenden außer- bzw. überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen das Haushaltsjahr 2016 betreffend zu:

1. innerhalb der Produktgruppe 1.11.01 Elektrizitätsversorgung in Höhe von 170.000 € Die Deckung ist gewährleistet durch Minderaufwendungen bei Zinsaufwendungen für Investitionskredite innerhalb der Produktgruppe 1.16.01 Allgemeine Finanzwirtschaft.
2. innerhalb der Produktgruppe 1.12.02 Straßenbau, -unterhaltung und -bewirtschaftung in Höhe von 86.000 € Die Deckung ist gewährleistet durch Minderaufwendungen bei Zinsaufwendungen für Investitionskredite innerhalb der Produktgruppe 1.16.01 Allgemeine Finanzwirtschaft.
3. innerhalb der Produktgruppe 1.01.06 Zentrale Dienste in Höhe von 80.000 € Die Deckung ist gewährleistet durch Minderaufwendungen für die Unterhaltung von Datenverarbeitungseinrichtungen in der Produktgruppe 1.01.12 und durch Minderaufwendungen bei der Schülerbeförderung in der Produktgruppe 1.03.07.
4. innerhalb der Produktgruppe 1.02.06 Wahlen und Abstimmungen in Höhe von 46.250 € Die Deckung ist gewährleistet durch Minderaufwendungen für Zinsen für Liquiditätskredite in der Produktgruppe 1.01.16 Allgemeine Finanzwirtschaft.
5. innerhalb der Produktgruppe 1.06.03 Erzieherische Hilfen in Höhe von 400.000 € Die Deckung ist gewährleistet durch Minderaufwendungen für Zinsen für Liquiditätskredite in der Produktgruppe 1.01.16 Allgemeine Finanzwirtschaft.
6. innerhalb der Produktgruppe 1.01.15 Gebäudewirtschaft (investiv) auf dem Projekt Rathuserweiterung in Höhe von 150.000 € Die Deckung ist gewährleistet durch entsprechende investive Minderauszahlungen auf dem Projekt Erweiterung Europaschule.

**Abstimmungsergebnis**

46 Stimmen für den Beschluss	(CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, UWG, LINKE, BM)
01 Stimme gegen den Beschluss	(Breuer)

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

1. Derzeit 781 Flüchtlinge in Bornheim.
2. Nach einem aktuellen Lagebericht aus dem Innenministerium, haben 145 Kommunen in NRW eine Erfüllungsquote von unter 90%. Die Stadt Bornheim steht bei 95%, so dass davon ausgegangen wird, dass bis zum Jahresende keine weiteren Zuweisungen erfolgen. In dem Haushaltsplanentwurf werden die Zahlen in der Prognose für 2017 und 2018 nach unten korrigiert. In NRW halten sich die Flüchtlingszahlen sehr stabil, so dass nicht mit Flüchtlingszuweisungen in dem Maße, wie es 2015 vorgekommen ist, gerechnet werden muss.
3. In den Containeranlagen verfügt die Stadt über 150 freie Plätze. Es ist zu verzeichnen, dass auch auf dem normalen Wohnungsmarkt Wohnraum für Flüchtlinge gefunden wird. Daher können die beiden Containeranlagen in Hersel und Hemmerich vorerst unbezogen bleiben.  
Am 22.11.2016 wird im Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel ausführlich berichtet.

#### Zusatzfragen

RM Züge betr. Belegung der Containerblöcke (schulpflichtige Kinder haben ein anderes Schlafverhalten gegenüber anderen Bewohnern, die länger aufbleiben und lange ausschlafen)

Kann die Belegung eventl. so geändert werden, dass Familien mit schulpflichtigen Kindern in einen Block ziehen?

#### Antwort:

Die Sozialarbeiter vor Ort sind die Ansprechpartner für diese Probleme. Es war eine bewusste Entscheidung gewesen, es genauso zu machen, wie im normalen Wohnraum, eine Mischung herzustellen (Familien und Einzelpersonen), damit nicht die Probleme auftreten, die in anderen Bereichen bestehen.

Wenn dies in einzelnen Anlagen nicht funktioniert, sollte auf die Sozialarbeiter zugegangen werden, um die Problematik zu lösen.

Im Winter werden, dank der vorhandenen Kapazitäten, in den Containern zusätzlich nach und nach Sozialräume eingerichtet.

#### RM Marx

Worauf ist die Reduzierung der Flüchtlinge zurückzuführen?

#### Antwort:

Die Flüchtlinge sind abgängig bzw. freiwillig ausgereist.

#### RM Feldenkirchen

Kann die Überbelegung in Merten, Brahmsstraße, abgebaut werden, weil dort immer wieder Probleme auftreten?

#### Antwort:

Angedacht war, mit dem Festbau in Walberberg eine Entlastung zu schaffen. Dies wird geprüft.

#### RM Keils

1. Wie kann das Sozialamt bei den Personen, die ein Konto eingerichtet haben, feststellen, ob diese Personen abgängig sind?

Antwort:

Die Sozialarbeiter kennen ihren Flüchtlingskreis. In den größeren Containeranlagen wird dies geprüft und die Flüchtlinge werden aufgesucht. In den privaten und städtisch angemieteten Wohnungen wird dies nachgehalten.

Wenn gemerkt wird, dass kein Kontakt mehr stattfindet, werden die Leistungen eingestellt.

2. Kann über eine Meldepflicht nachgedacht werden, da eine Kontrolle in den Anlagen kaum leistbar ist.

Antwort:

Man muss sich im Rahmen des Rechts bewegen. Die Sozialarbeit wurde anders organisiert, damit Missbrauch entgegengewirkt werden kann.

RM Heller

Wird auch abgeglichen, ob manche Personen doppelt Geld beziehen?

Antwort:

Dadurch, dass alle erkennungsdienstlich erfasst sind und die Verfahren angelaufen sind, gibt es innerhalb der Stellen des BAMF diesen Quervergleich. In der Anfangsphase bestand diese Gefahr, aber nachdem die geordneten Verfahren angelaufen sind, wird Missbrauch weitestgehend ausgeschlossen.

RM Kretschmer betr. abgängige Personen

Wie hoch ist die Gefahr, dass bei Einführung der elektronischen Gesundheitskarte, es länger dauert bis auffällt, dass ein Flüchtling abgängig ist?

Antwort:

Man befindet sich mitten in den Verfahren. Es wird davon ausgegangen, dass mit Abschluss der Verfahren, die Flüchtlinge anerkannt, abgelehnt sind oder eine Duldung haben. Personen, die keine Duldung haben, sollen dann über das Ausländeramt in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Es gibt aber auch Fälle, die abgeschlossen sind, die selber zurückreisen.

Allen anderen sind dann im SGB-Verfahren beim Jobcenter oder Integrationspoint, wo ein ständiger Kontakt besteht.

RM Frau Koch

Wie läuft es organisatorisch bei den Flüchtlingen, die anerkannt sind, da dann der Bund die Unterkunftskosten bezahlt?

Antwort:

Die Zahlungen übernimmt der Betreffende selbst oder das Jobcenter. Bei Rentnern wäre es ggfls. das Sozialamt. Die Erstattung, die der Bund vornimmt, ist eine Erstattung, die an die Kreise und kreisfreie Städte geht, nach einem entsprechenden Schlüssel.

RM Breuer

Wie kommen die Flüchtlinge an ihre Unterstützung, bar oder per Konto?

Antwort:

Zunächst haben die Flüchtlinge ihre Unterstützung bar erhalten, mittlerweile erhalten rund 80 % das Geld auf ein Konto.

Wenn der Statuswechsel stattfindet, müssen die Flüchtlinge einen Antrag beim Jobcenter stellen. Da das Jobcenter einige Wochen für die Bearbeitung der Anträge braucht, wurde sich darauf verständigt, einen Übergang zu schaffen, damit die Flüchtlinge nicht ohne Leistungen dastehen (vom Bescheid bis zur Einstellung der Leistungen 4 Wochen). Diese vorgeleisteten Beträge werden mit dem Jobcenter abgerechnet.

Für die 2. Woche im November wurde mit dem Jobcenter ein Gespräch anberaumt.

<b>13</b>	<b>Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden über die Erfüllung von Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz</b>	<b>712/2016-5</b>
-----------	---	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat stimmt der Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden über die Erfüllung von Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in der in der Anlage vorgelegten Fassung zum 01.01.2017 zu.

- Einstimmig -  
bei 1 Stimmenthaltung (Breuer)

<b>14</b>	<b>Masterplan Rheinaue</b>	<b>298/2016-12</b>
-----------	----------------------------	--------------------

**Beschluss:**

Der Rat

1. beschließt den Masterplan Rheinaue als Grundlage für die weitere Entwicklung des Bereiches in der vorgelegten Form,
2. verweist den Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen 2017/2018 (Prüfung, inwieweit Mittel zur ersten Planung und Realisierung eingesetzt werden können und Darstellung der Kosten für Einzelmaßnahmen, um eventl. Sponsoren für einzelne Maßnahmen zu eruieren) und
3. beauftragt den Bürgermeister, die Verfügbarkeit von Förder- und Drittmitteln zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis**

45 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, UWG, Breuer, BM)  
02 Stimmen gegen den Beschluss (LINKE)

<b>15</b>	<b>Ergänzungswahlen zu Ausschüssen</b>	<b>726/2016-1</b>
-----------	--	-------------------

**Beschluss:**

Der Rat beschließt,

1. im **Sport- und Kulturausschuss** die Anzahl der Ratsmitglieder von bisher 7 RM auf 8 RM zu erhöhen und die Anzahl der sachkundigen Bürger/innen von bisher 6 SKB auf 5 SKB zu vermindern.
2. im **Betriebsausschuss** die Anzahl der Ratsmitglieder von bisher 7 RM auf 8 RM zu erhöhen und die Anzahl der sachkundigen Bürger/innen von bisher 6 SKB auf 5 SKB zu vermindern.
3. Die Ratsmitglieder wählen aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages
  - 3.1 in den **Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel**
    - 3.1.1 als beratendes Mitglied zur Vertretung des Vereins Bornheimer Flüchtlingshilfe e.V., Herr **Silvio Jander**,
    - 3.1.2 als stv. beratendes Mitglied zur Vertretung des Vereins Bornheimer Flüchtlingshilfe e.V., Herr **Gerhard Thusek**,
    - 3.1.3 zum Mitglied SKB Herr **Bernd Fritz**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, anstelle des als Mitglied ausgeschiedenen SKB Herr Dr. **Frank Woesten**,
    - 3.1.4 als stv. beratendes Mitglied zur Vertretung des Kinder- und Jugendparlamentes, Frau **Catalina Gomez**,

- 3.2 in den **Ausschuss für Bürgerangelegenheiten**  
zum stv. Mitglied SKB Frau **Yasemin Civilta**, Fraktion-Die Linke, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der Fraktion-Die Linke,
- 3.3 in den **Ausschuss für Stadtentwicklung**
- 3.3.1 zum stv. Mitglied SKB Frau **Obdulia Schulz**, Fraktion-Die Linke, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der Fraktion-Die Linke,
- 3.3.2 zum Mitglied SKB Herrn **Rolf Brief**, UWG/Forum-Fraktion, anstelle des als Mitglied ausgeschiedenen SKB Herrn **Stefan Wicht**,
- 3.3.3 zum stv. Mitglied SKB Herrn **Frank Frambach**, CDU-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der CDU-Fraktion.
- 3.4 in den **Sport- und Kulturausschuss**
- 3.4.1 zum Mitglied RM Herrn **Michael Lehmann**, Fraktion-Die Linke, anstelle des als Mitglied ausgeschiedenen SKB Frau **Ulrike Jander**,
- 3.4.2 zum stv. Mitglied SKB Herrn **Karsten Straub**, Fraktion-Die Linke, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der Fraktion-Die Linke,
- 3.5 in den **Betriebsausschuss**
- 3.5.1 zum Mitglied RM Herrn **Michael Lehmann**, Fraktion-Die Linke, anstelle des als Mitglied ausgeschiedenen SKB Herrn **Silvio Jander**,
- 3.5.2 zum stv. Mitglied SKB Herrn **Ezard Anders**, Fraktion-Die Linke, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der Fraktion-Die Linke.
- 3.6 in den **Jugendhilfeausschuss**
- 3.6.1 auf Vorschlag des AWO Kreisverbandes Bonn/Rhein-Sieg als stimmberechtigtes Mitglied, Frau **Christiane Theis**, anstelle der als stimmberechtigtes Mitglied ausgeschiedenen Heike von Schledorn,
- 3.6.2 auf Vorschlag des AWO Kreisverbandes Bonn/Rhein-Sieg als stv. stimmberechtigtes Mitglied, Frau **Miriam Schröder**, anstelle des bisherigen stv. stimmberechtigten Mitgliedes Christiane Theis.
- 3.7 in den **Umweltausschuss**  
zum stv. Mitglied SKB Herrn **Frank Frambach**, CDU-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der CDU-Fraktion.

- Einstimmig -

<b>16</b>	<b>Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen</b>	<b>825/2016-1</b>
-----------	---	-------------------

Der Rat nimmt Kenntnis von der Vorlage/Ergänzungsvorlage-Nr. 825/2016-1.

Zusatzfragen

RM Züge betr. vertragsbestätigte Boni werden nicht ausgezahlt

Ist der Stadt diesbezüglich etwas bekannt?

Antwort:

Diesbezüglich ist nichts bekannt. Es wird gebeten, dass sich die Betroffenen direkt mit NetCologne in Verbindung setzen.

RM Heßling lt. der herausgegebenen Landkarte von NetCologne können Teile von Hemmerich nicht angeschlossen werden, z.B. Heerweg

Kann nachgefragt werden warum das so ist?

Antwort:

Dies wird geprüft.

RM Heller

Wie ist der aktuelle Sachstand Tierheim Troisdorf, da der Schatzmeister wieder zurückgetreten ist?

Antwort:

In einer der nächsten nicht öffentlichen Sitzungen wird ein Sachstandsbericht vorgelegt.

RM Kleinekathöfer betr. Erneuerung der Wasserleitung in der Zehnhoffstraße, Stolperfallen Wann wird das Wasserwerk dort wieder eine glatte Fahrbahn herstellen?

Antwort:

Wird geprüft.

RM Züge betr. Allerheiligen und Sankt Martin

1. Werden die um den Friedhof herumliegenden Baumstämme vor Allerheiligen weggeräumt?

Antwort:

Bei den Baumstämmen teilen sich die Meinungen. Dies wird nochmals geprüft.

2. Kann klargestellt werden, was mit Sankt Martin ist?

Antwort:

Mit Schreiben vom 18.09.2016, eingegangen am 19.09.2009, hat die Stadt Bornheim vom Rhein-Sieg-Kreis Hinweise zu den Erlaubnissen nach § 29 Abs. 2 StVO bekommen. Dort geht es um erlaubnispflichtige und erlaubnisfreie Martinszüge. Über die dort formulierten Anforderungen muss mit dem Rhein-Sieg-Kreis nochmals gesprochen werden, da sie aus Sicht des Bürgermeisters ein Stück überzogen, nicht klar und eindeutig sind. Auf Grund eines Missverständnisses gab es zuerst einen Brief im Sinne der Auflagen des Rhein-Sieg-Kreises an die Martinszugveranstalter. Dieser wurde dann unverzüglich zurückgezogen und um die Ergebnisse, die im Verwaltungsvorstand abgestimmt wurden, korrigiert.

Man wird sich noch mit den Ortsvorstehern/Innen und den Zugorganisatoren im Laufe des kommenden Jahres unterhalten müssen, wie mit den Anforderungen, die der Rhein-Sieg-Kreis formuliert hat, umgegangen wird.

RM Heller

Hätte man die Problematik in der Mail im Vorfeld nicht mit einer anderen Intention formulieren können, damit die Leute nicht verunsichert sind?

Antwort:

Das kann der Bürgermeister nur befürworten.

RM Marx

Wird dieses Jahr das Ordnungsamt nicht einschreiten bei der Pferdeüberwachung?

Antwort:

Es reicht aus, wenn die Betroffenen für einen ausreichenden Versicherungsschutz sorgen.

RM Kretschmer

Könnten zukünftig bei solchen Angelegenheiten die Ortsvorsteher/Innen in der Mail, cc gesetzt werden, damit auch die Ortsvorsteher/Innen informiert sind?

Antwort:

Ja, dies wird aufgenommen.

RM Frau Koch betr. EGovernmentkonzept

Wie sind die Ergebnisse? Können diese noch bis zur Haushaltsplanberatung zur Verfügung gestellt werden?

Antwort:

Dies wird versucht.

RM Herr Koch Alfter möchte mit anderen Kommunen einen gemeinsamen IT-Sicherheitsbeauftragten

Wurde die Stadt Bornheim bei diesen Überlegungen beteiligt und wenn sie beteiligt war, welche Meinung hat der Bürgermeister zu diesem Thema?

Antwort:

Dies wird schriftlich beantwortet.

RM H. Müller Nichterreichbarkeit von Mitarbeitern in der Verwaltung

Gibt die Telefonanlage die Möglichkeit einer Weiterschaltung an die Kollegen her?

Antwort:

Ja, die Mitarbeiter, die im Urlaub, Außendienst etc. sind, sollten die Anrufumleitung einschalten. Nicht immer ist die Telefonzentrale durch einen eigenen Mitarbeiter besetzt, sondern mit dem Infocenter Bürgerbüro zusammengeschaltet, so dass diese Mitarbeiter bei Publikum nicht immer direkt Gespräche annehmen können. Der Bürgermeister bittet um konkrete Angaben, damit dem nachgegangen werden kann.

RM Lehmann betr. THW

Gibt es Fortschritte oder Veränderungen in Bezug auf Gespräche zu der Vermietungssituation/Anbau von Gebäudeteilen?

Antwort:

Das Angebot, was der SBB dem THW gemacht hat, wurde nochmals genannt. Es wurde angeboten, dass die Stadt jederzeit zu Gesprächen zur Verfügung steht. Auch wenn es nicht der Standort ist, könnten Alternativstandorte in Bornheim mit dem THW eruiert werden.

RM Hochgartz betr. Situation an der Waldorfer Schule/Kindergarten

Gibt es nach Abstimmung mit der unteren Landschaftsbehörde zwischenzeitlich wieder die Erlaubnis dort in den Wald zu gehen?

Antwort:

Dies wird mitgeteilt.

RM Quadt-Herte

1. betr. haushaltsrelevante Anträge z.B. HA, 12.05. Mittel für externe Beratung zur Eruiierung von Fördermitteln und Fördermaßnahmen einzustellen oder im ASS, 21.06. Mittel für externen Auftrag für die Erarbeitung eines Konzeptes für sozialraumbezogene Begegnungsstätten oder Zentren für soziale Integration. Kann das allgemein unter Gutachten gefunden werden oder wo wird dies verortet?
2. Wenn der Bürgermeister den Auftrag bekommen hat, werden die Mittel dann erst nächstes Jahr, wenn der Haushalt beschlossen wurde, aktiv und ein externer Berater beauftragt?

Antwort:

Die haushaltsrelevanten Beschlüsse werden aufgelistet (wo genau, in welcher Produktgruppe, unter welcher Zeile diese Haushaltsmittel wiederzufinden sind).

3. Ist der Dezernentin dieser Beschluss bekannt, dass es ein Konzept für sozialraumbezogene Begegnungsstätten oder Zentren für soziale Integration gibt, und dass die Verwaltung beauftragt wurde, dort ein Konzept mit externer Unterstützung zu erarbeiten?

Antwort:

Es gibt eine Reihe von Aufträgen, die in Ausschüssen abgestimmt sind, die ein bisschen unter dem Wechsel gelitten haben. Man ist dabei diese Aufträge abzuarbeiten.

Ende der Sitzung: 20:47 Uhr

gez. Wolfgang Henseler  
Bürgermeister

gez. Petra Altaner  
Schriftführung